



Rostock, 24. November 2001: Demonstranten protestieren gegen den Krieg in Afghanistan und die Kriegspolitik der Grünen während einer Bundesdelegiertenkonferenz

SVEN SIMON/IMAGO

sie sodann auf Sklavenmärkten zu verkaufen. Oder was geschieht mit Flüchtlingen an der von der Türkei erbauten Mauer an der türkisch-iranischen Grenze? Was geschieht mit den Hunderttausenden Geflüchteten, die in der Türkei festgehalten werden und zur Erpressung der EU genutzt werden, die sich damit erpressen lässt? Dass auch in diesen Fällen nichtmilitärische Maßnahmen meist hilfreicher wären, steht auf einem anderen Blatt. Die Frage nach den Ursachen für Elend und Flucht bleibt vor den – selektiven – Bildern von Elend und Flucht ausgeblendet. Die Symptome werden instrumentalisiert, die Ursachen, die auf die Struktur Anpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank sowie der Freihandelsabkommen der EU verweisen, werden nicht genannt. Insgesamt zeigen daher die Militäreinsätze, dass ihr primäres Ziel nicht eine wie auch immer geartete »Hilfe« ist, sondern der Versuch, als »Global Player« Weltgeschichte mitzugestalten. Grüne Politik wird so zum humanistisch gefärbten Deckmantel für die Durchsetzung imperialistischer Interessen.

Krieg negiert Recht auf Leben

Wer Interessen nicht formuliert, muss sich die Frage gefallen lassen: Warum nicht? Sind es Unkenntnis oder bewusste Täuschung und Irreführung? Spätestens

seit der siebenjährigen Amtsperiode des Grünen-Außenministers Fischer ist Unkenntnis ausgeschlossen.

Der zentrale Punkt der Grünen ist die »Verteidigung der Menschenrechte«. Mit dieser wird die gesamte Sicherheits- und Friedenspolitik legitimiert, das Gewaltverbot in der UN-Charta und im Grundgesetz werden ausgehebelt. Menschenrechte sind für jeden Friedensengagierten zentrales Gut, Friedensengagement ist also immer Verteidigung der Menschenrechte. Die größte, umfassendste und stärkste Verletzung der Menschenrechte ist Krieg. Dieser setzt das grundlegendste Menschenrecht, das Menschenrecht auf Leben, außer Kraft. Krieg negiert es jeden Tag, jede Stunde, jede Sekunde, solange »Waffen sprechen« (Konstantin Wecker) und permanent in allen bewaffneten Konflikten. Wer für die in den UN-Dokumenten formulierten bürgerlichen und sozialen Menschenrechte eintritt, sie einfordert, muss als erstes für Frieden eintreten. Frieden ist die Voraussetzung für die Erfüllung jedes Menschenrechts. Ohne Frieden keine Menschenrechte. Deshalb ist die Absage an Krieg und der Protest gegen jede kriegerische Handlung aktive Menschenrechtspolitik und Menschenrechtsengagement. Wem stünde es zu, um der Verwirklichung von Menschenrechten, Menschen ihr Recht auf Leben abzusprechen und es gar zu vernichten?

Wer dieses gegeneinanderstellt oder

sogar »Kriege für Menschenrechte« führen und unterstützen will, macht sich auch als Menschenrechtsbefürworter ungläubwürdig. Die Menschenrechte – und wir beziehen uns wieder auf die UN-Charta und das Grundgesetz – müssen gerade gegen die Menschenrechtsnihilisten aus der Politik verteidigt werden, die nichts für die Menschenrechte unternehmen, sie nur als ideologische Kampfbegriffe missbrauchen, um von ihren unsozialen, ökonomisch und ökologisch desaströsen Handlungen abzulenken und ihre militärischen Aggressionen (»Krieg gegen den Terror«) zu legitimieren.

Der Menschenrechtsdiskurs ist national und international eine Auseinandersetzung um die »kulturelle und geistige Hegemonie« (Antonio Gramsci) und um die Entlarung des teilweise verbrecherischen Missbrauchs dieses Begriffs. Für uns ist eindeutig: Menschenrechte ohne Frieden sind undenkbar. Friedenspolitik ist Menschenrechtsaktivismus. Es sei doch die Frage gestattet: Welches Menschenrecht in welchem Land ist gesichert oder erreicht worden durch den fast 20jährigen sogenannten Krieg gegen den Terror? Leid und Zerstörung, Folter und Tod, Diktaturen, ökologische Desaster und ökonomische Zerrüttung sind überall in der Welt die Folgen – in Afghanistan, im Irak, in Libyen, in Syrien, in Somalia, in Mali, in ... Wäre es nicht auch eines Grünen-Grundsatzprogramms würdig, daraus ein-

mal grundsätzliche Lehren zu ziehen? Und wem diese Überlegungen nicht genügen, der möge doch die Bilanz der »humanitären Interventionen« genau ansehen: Die dafür angeführten Ursachen wurden nicht nur nicht beseitigt, sondern gemeint waren in der Regel ganz andere Ziele.

Militaristische Politik

Diese Logik des Grundsatzprogramms führt in der Konsequenz dazu, dass auch konkrete politische Forderungen nur halbherzig, relativierend formuliert werden z. B. im Falle der nuklearen Teilhabe oder der Abrüstung. Ein zentraler Grundsatz früherer grüner Friedenspolitik hieß »bei uns anfangen«, was aktuell bedeutet: bei dem militärisch stärksten, der NATO anzufangen. Dieser Grundsatz wird nicht mehr formuliert. Damit wird politischer Handlungs- und Gestaltungsspielraum zugunsten von militaristischer Politik aufgegeben.

Es bleibt als Fazit: dieses Grundsatzdokument ist kein Friedens- und Abrüstungsprogramm für das 21. Jahrhundert.

Wenn dieser Brief dazu beiträgt, eine intensivere gesellschaftliche Debatte über Krieg und Frieden anzuregen, hat er seinen Zweck erfüllt.

Wir freuen uns auf diese Diskussionen.

Mit friedlichen Grüßen
Reiner Braun und Werner Ruf

Reiner Braun ist Geschäftsführer des »Internationalen Friedensbüros« (IPB) und stellvertretender Vorsitzender der Naturwissenschaftlerinitiative »Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit«

Werner Ruf ist Professor für Politikwissenschaft im Ruhestand der Universität Kassel.



junge Welt drei Wochen gratis testen!

Probeabo endet automatisch und muss nicht abbestellt werden!

Jetzt bestellen unter jungewelt.de/probeabo oder gleich anrufen unter 0 30/53 63 55-80